

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 005.09 / 09.01.2009

Vernebelungspolitik beenden

Zu dem heutigen Interview des SPD Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner in den Lübecker Nachrichten zur HSH Nordbank und zu den Überlegungen des FDP Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki in der shz, als letztes Mittel einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten, erklärt die parlamentarische Geschäftsführerin von Bündnis 90 /Die Grünen, **Monika Heinold**:

Sollte die Geschäftspolitik der HSH Nordbank in Form von 160 Zeckgesellschaften und Beteiligungen im Ausland tatsächlich ohne Zustimmung des Aufsichtsrates – und damit ohne Kenntnis der Anteilseigner - stattgefunden haben, wäre das ein Skandal. Dann müssten die Anteilseigner der HSH Nordbank sofort zusammentreten und den kompletten Vorstand entlassen.

Zur Ausschüttung der 70 Millionen Euro Dividende erwarten wir von der Landesregierung umgehend eine schriftliche Erklärung an das Parlament über die Rechtsgrundlage für diese Entscheidung. Dazu gehört auch die Antwort auf die Frage, wie dieses mit der Tatsache vereinbar ist, dass die HSH Nordbank den Rettungsschirm des Bundes – und damit Steuergelder der BürgerInnen - in Anspruch nimmt und nach den Vorgaben der EU-Kommission somit keine Ausschüttungen vornehmen darf. Damit verstößt die Landesregierung sehenden Auges gegen Vorgaben der EU-Kommission.

Für Überlegungen der FDP, notfalls einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten, sind wir offen. Für alle Beteiligten wäre es aber besser, wenn die Landesregierung endlich ihr Schweigen bricht und das Parlament zügig und umfassend informiert.

Mit dem katastrophalen Krisenmanagement und dem beharrlichen Schweigen des Ministerpräsidenten verspielt die Landesregierung auch das letzte Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit. Für alle vom Ministerpräsidenten in den Raum geworfenen Vorschläge gibt es weder eine Parlamentsinformation, noch ein rechtlich geprüftes Konzept. Das gilt für die Beteiligung der HASPA an Schleswig-Holsteinischen Sparkassen, ebenso wie für den Sparkassen-Rettungsschirm und erst recht für die Gründung einer so genannten „bad bank“.

Ministerpräsident Carstensen und Finanzminister Wiegard klemptnern an allen Baustellen orientierungs- und kenntnislos. Was für ein Trauerspiel angesichts der großen Herausforderung in diesem Land.

* * *